

# Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 205.

1912. Nr. 53. Zweite Ausgabe. Einlagegebühren für die sendepostenfreie oder berechnete für Halle u. den Saalekreis 20 Hg., auswärts 30 Hg. Retikula am Schluß der redaktionellen Teile die Stelle 10 Hg. Anzeigengebühren bei den Expeditionen in Halle a. S. und bei allen bekannten Anzeigenexpeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61 u. 62. Telefon 155 u. 156; Redaktions-Telefon 1272. Geschäftstelefon Dr. Richter Gegenüber in Halle a. S. Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Telefon Amt Anhalter Nr. 6230. Druck und Verlag von Ciro Ziehe in Halle a. S.

Donnerstag, 1. Februar 1912.

### Der italienisch-türkische Krieg.

Wieder eine Beschlagnahme durch italienische Schiffe. Wie die „Agenzia Stefani“ aus Mailand, 31. Jan., meldet, ist der Torpedobootserführer „Veraglieri“ dort angekommen. Er hatte in seinem Schleppboot eine Motorflottille, die er, unterstützt von einer Barafosse des Kreuzers „Piemonte“, in Südrubana bei Was stief beschlagnehmend hatte. Die Barafosse des „Piemonte“ und der „Veraglieri“ waren unter weißer Flagge auf der Fahrt nach Südrubana gewesen, um die Flotte bekannt zu geben. Nachdem dieser Auftrag ausgeführt war, kehrte sie zum „Veraglieri“ zurück. Beide zogen die weiße Flagge ein und zeigten nur noch die Nationalflagge. Man näherte sich der Barafosse von neuem dem Lande und beschlagnahmte die Motorflottille, welche die englische Handelsflagge gehißt hatte, aber am Bug und Heck das türkische Wappenschild, den Halbmond mit weissem Stern in rottem Felde, zeigte. Auf dem Verdeck befanden sich zwei Geschütze mit Artilleriegabeln, die offenbar für kleine Kanonen oder Maschinengewehre bestimmt waren; ferner auch elektrische Scheinwerfer. Widerstand wurde bei der Beschlagnahme nicht geleistet. Die aufgegriffene Schuppe gleicht den Schiffen, die am 2. Oktober v. J. vor Souda bei italienische Kriegsschiffe zum Sinken gebracht worden sind.

### Der Zwischenfall mit Frankreich.

Zwischen der französischen und der italienischen Regierung stehen Beziehungen behufs genauer Feststellung derjenigen Punkte der Zwischenfälle von Cagliari, welche dem Saager Schiedsgericht unterbreitet werden sollen.

### Deutsches Reich.

Von Sr. Majestät dem Kaiser. Zur Erinnerung an den Tag seines Eintritts in das 1. Garde-Regiment a. F. behufs Erlermung des praktischen Dienstes wird der Kaiser am Abend des 9. Februar d. J. im Kreise des Offizierkorps und vieler ehemaliger Offiziere des Regiments im Potsdamer Regimentsbauwe verleben, wobei launige Theateraufführungen junger Offiziere dem Abend einleiten werden. — Am 30. Januar vormittags hat sich der Kaiser im Ritterkeller des Berliner Schlosses diejenigen Küftlerbeder Kadetten, die im kommenden Frühjahr in das Heer und in die Flotte eintreten, in Gegenwart ihrer unmittelbaren Vorgesetzten vorstellen lassen. Bei dieser Gelegenheit pflegt der Kaiser mit den Kadetten über ihre späteren militärischen Pflichten zu sprechen, wie an die genaue Erfüllung dieser, besonders auch an die erforderliche Berührgegenwart zu gemahnen.

Kaiser und Kaiserin. Der Kaiser machte am gestrigen Mittwoch beim Reichstange einen Besuch.

Im neuen Reichstange hat man sich über die bevorstehende Präsidentenwahl noch nicht schlüssig gemacht. Die „Reue vol. Arr.“ schreibt heute: Da die Angelegenheit lediglich eine Sache des Reichstages selbst ist, so ist es selbstverständlich, daß die Staatsregierung dazu nicht Stellung nehmen kann. Die von einer Seite vorgeschlagene Lösung, daß das Zentrum den ersten Präsidenten, die Nationalliberalen den ersten Vizepräsidenten und die Konserverativen den zweiten Vizepräsidenten stellen sollen, findet aufseiner keine Zustimmung. Insbesondere verhalten sich die Konserverativen ablehnend und wünschen bei der gegenwärtigen Konstellation, wie man hört, im Präsidium überhaupt nicht vertreten zu sein. Eine zweite Idee, wonach das Zentrum den ersten Präsidenten, die Sozialdemokraten den ersten Vizepräsidenten und die Nationalliberalen den zweiten Vizepräsidenten stellen sollen, scheint ebenfalls seinen Anfang zu finden, da das Zentrum einem derartigen Vorschlag abgeneigt sein soll. Die dritte Version, wonach die Nationalliberalen den ersten Präsidenten, die Sozialdemokraten den ersten Vizepräsidenten und die Konserverativen den zweiten Vizepräsidenten stellen sollen, ist den Nationalliberalen unannehmlich, welche ein so prominentes antisozialistisches Präsidium ungern sehen würden. Im Zentrum scheint sich die Auffassung geltend zu machen, daß nach der von den Liberalen in den letzten Sessions vertretenen Majoritätsauffassung auch die Sozialdemokraten eine Vertretung im Präsidium zugehören werden sollte. An Personen für die Stellung des ersten Präsidenten, falls dieser von den Rinken gestellt werden würde, werden Prinz Edwin-Carolath, der sogenannte „rote Prinz“, sowie der Abgeordnete Dr. Baasche und der Präsident des Landestages, Staemp, genannt. Man kann gespannt darauf sein, wie die ganze Situation sich entwickeln wird.

Kein Protest gegen die Wahl des Herrn v. Liebert. Die Nachricht, daß die Wahl des Generalleutnants von Liebert als Abgeordneter des 14. Reichstagswahlkreises seitens der sozialdemokratischen Partei angefochten worden sei, bestätigt sich dem „Bornaer Tagblatt“ zufolge nicht. Bis jetzt ist im Reichstange kein Protest eingegangen.

Wie wird die Zuckerkonferenz in Brüssel auslaufen? Nach Privatmeldungen, die die Agence Spaoos-Reuter aus Brüssel unterrichtet hat, wird angenommen, daß die Zuckerkonferenz, da die Beschlüsse einstimmig gefaßt werden müssen und Deutschland auf keinen Widerspruch gegen die Erhöhung des russischen Exportkontingents in den verlangten Umfang beharrt, zu einem Kompromiß gelangen werde, um den Fortbestand der Union sichern zu können.

Die finanziellen Beziehungen zwischen Reich und Bundesstaaten. In der gestrigen Sitzung der Zweiten badischen Kammer betonte Finanzminister Dr. Rheinboldt, daß das Interesse der Bundesstaaten eine feste Regelung der finanziellen Beziehungen zum Reich verlange. Die Meinung, daß sich die Kreditfähigkeit des Reiches auf die Beitragsleistungen stütze, fügte er nicht teil. Die Kreditfähigkeit des Reiches gründe sich vielmehr auf eine solide Finanzanlage, auf die Zuverlässigkeit und Ergiebigkeit seiner Steuerquellen und nicht zuletzt auf seine Wehrkraft und seinen industriellen Fortschritt. Die direkten Steuern müßten unbedingt den Einzelstaaten überlassen bleiben. Das Reich habe noch andere Einnahmequellen.

Zur Durchführung des Hausarbeitsgesetzes schreibt man uns: Am 1. April d. J. tritt bekanntlich das neue Hausarbeitsgesetz in Kraft. Eine der wichtigsten Vorbereitungen zu seiner Durchführung ist die Einrichtung der Fachauschüsse, die dem Bundesrat obliegen. Man wird annehmen können, daß diese Einrichtung gemeinsam mit den Landesregierungen jetzt in Angriff genommen ist. Nach den Kundgebungen in der letzten Zeit aus den Kreisen der Bundesstaaten kann man annehmen, daß die Schaffung der Fachauschüsse jetzt auch dort Anerkennung findet. Man hat es für einen erheblichen Gewinn, daß ein neutrales und unparteiisches, aus Sachverständigen gebildetes Organ ins Leben tritt, das beraten ist, die Verhältnisse in der Hausarbeit klarzustellen. Man hofft, daß sich hierdurch eine Reihe von Missständen beseitigen wird, deren Beseitigung auf dem Wege der Gesetzgebung schwer zu erzielen war, weil sie in ihrem Wesen und ihrer Bedeutung noch nicht klar erkannt waren. Man erwartet, daß die Reichsregierung mit Hilfe der Fachauschüsse die Löhne ermitteln und ihre Angemessenheit begutachten lassen wird. Solche von einmündigen Stellen verkörpertem Lohnermittlungen dürften aber ganz von selbst dahin wirken, daß eine unbedingte Lohnrudderei verhindert. — Ein Teil des Gesetzes wird nicht zum 1. April in Kraft treten, nämlich derjenige, der sich auf den Lohnvergleichsinstanzen bezieht. Die Vorlage ist in diesem Teil vom Reichstage abgeändert, indem er an die Stelle der Ernennung des Bundesrats, den Ausbau von Lohnvergleichsinstanzen anzubringen, den Ausbau als gesetzliche Regelung vorgeschrieben hat, von der Bundesrat Ausnahmen zulassen kann. Nur ist aber zweifellos für eine Reihe von Arbeiten der Ausbau von Löhnen und durchführbar, da in solchen Ansdritten, wo die Rohstoffe vom Arbeiter geliefert werden, oder die Arbeiter sehr häufig wechseln. Es müssen infolgedessen zunächst alle erforderlichen Maßnahmen, die der Bundesrat zulassen kann, ermittelt werden. Diese Arbeit kann unter Umständen Jahre in Anspruch nehmen, und aus diesem Grunde treten die Bestimmungen des Gesetzes über den Ausbau von Lohnvergleichsinstanzen in absehbarer Zeit nicht in Kraft.

Der Dispositionsfonds der preussischen Eisenbahnverwaltung ist für das Jahr 1912 wiederum auf 15 Mill. Mark bemessen worden. Dieser Dispositionsfonds ist bestimmt zur Erweiterung und Ergänzung der Bahnanlagen, zu Grunderwerbungen behufs Vorbereitung derartiger Erweiterungen und zur Vermehrung der Fahrzeugen im Falle eines nicht vorherzusehenden Bedürfnisses der Staatsbahnen bei zu erwartender Verkehrssteigerung, ferner zur Deckung von Ausgaben bereits geschlossener außerordentlicher Baufonds, insofern diese Ausgaben innerhalb der ursprünglich bewilligten Summe liegen, sowie zu sonstigen unvorhergesehenen Ausgaben.

In dem Spionageprozeß gegen den englischen Rechtsanwalt Bertrand Stewart, der gegenwärtig das Reichsgericht beschuldigt, wurde die Öffentlichkeit für die ganze Dauer der Verhandlung ausgeschlossen. Seitdem abend in der neunten Stunde war die Vernehmung des Angeklagten noch nicht beendet. Die Zeugen wurden bis heute vormittag 10 Uhr entlassen.

### Preussischer Landtag.

#### Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 31. Januar 1912.

In Regierungssache die Minister Dr. Senge, v. Dallwitz, Dr. Bielecki und Erdmann. Die erste Beratung des Staatshaushaltsplans für 1912 wurde fortgesetzt. Abg. Dr. Friedberg (Kau.): Wenn der Abg. Herold einigt, daß 1907 ein festes Einkommen zwischen dem Zentrum und der Sozialdemokratie vorlag, so gehört dazu ein gewisser Proz.

(große Ursache im Zentrum), aber der Rat des Mandanten. (Beitritte!) Es war durchaus nicht genug, Herr Herold an der Hand von Zeitungs- oder von fremden Dokumenten zu widerlegen. Dieses Sachverständigenamt hat der Abg. Herold geltend so gründlich ausgeübt, daß ich es nicht nötig habe, den Erklärungen noch einmal zu töten. Der Abg. Herold hat indessen auf das partielle Abkommen zwischen Zentrum und Nationalliberalen im Rheinland abgelehnt, das Zentrum habe gewußt, daß die Nationalliberalen unsichere Kantonten seien. Er muß wissen, daß von nationalliberaler Seite damals sofort darauf aufmerksam gemacht worden ist, daß es zweifelhaft sei, ob die Wähler der Karole der Parteileitung folgen würden. Nach Nachrichten aus verschiedenen Wahlkreisen hat ein erheblicher Teil der Nationalliberalen Presse gerade das Gegenteil, um ein Wort des Abg. Herold zu gebrauchen, was Herr Herold die Nation in den Wahlkampf gezogen. Und es ist dies das allerniederträglichste Verbrechen, das man sich denken kann, wenn man mit der Religion politische Geschäfte macht. (Beifall) Zustimmung wollte, Infrage im Zentrum.) Wenn der Abg. Herold wirklich weiß, daß die bürgerlichen Parteien sich hier zu gemeinsamer Arbeit zusammenschließen, dann dürfte er nicht die Methode befolgen, daß er lediglich den Splitter im Auge des Gegners entdeckt und nicht den Balken im eigenen Auge sah. Von dem vorliegenden Akt muß ich als Verbesserung anerkennen, daß er überflüssiger aufgehoben ist und daß besonders der Bergelact jetzt nach Art des Eisenbahngesetzes aufgehoben ist und eine Erhebung der Staatsschulden und Anlagensorgen vorgeht. Es entleert die Frage, ob gegenüber den bisherigen Maßnahmen weitere neue Mittel nötig sind, und wenn das verneint wird, ob die Aufschläge zur Einkommensteuer definitiv in den Struktur eingeleitet werden sollen. Der Abg. v. Pappenstein hat, als er gestern von dem Gegen der Reichsfinanzreform sprach, vergessen, daß es dabei nicht allein auf das Quantum, sondern auf das qualitativ ankommt: es handelt sich bei der Reichsfinanzreform nicht darum, daß das Geld beschafft worden ist, sondern wie die Reform innerlich aussieht. Danach können meine Freunde die Finanzreform nicht als große nationale Tat ansehen. Man muß es der Zeit überlassen, ob der Ausfallschritt in der jetzigen Weise überhaupt noch weiter bestehen kann. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß eine Verschärfung der Gegenmaßnahme nicht zulässig ist, nur um für die Zukunft eine Erleichterung zu schaffen. (Sehr richtig! links) Was die allgemeinen Ausgaben der Staatsverwaltung betrifft, so habe ich lebhaft begehrt, daß der Abg. v. Pappenstein dem Gedanken eines gefestigten A. rühres gewisser Beamten und der Alpenfonäre so lebhaft widersprochen hat, Es ist kein würdiger Zustand, wenn die Alpenfonäre um eine Unterstützung gewissermaßen betteln müssen. Die Steuerentlastung auf dem Lande leidet darunter, daß die Steuerentlastungen von Personen beantragt werden, die dies nicht im Hauptinteresse, sondern im Nebeninteresse tun. Die Staatsregierung sollte sich endlich dazu entschließen, hierin gerade im Interesse der richtigen Steuerentlastung Wandel zu schaffen, wenn der Staat in das Sozialunheil eintritt, so muß er sein ganzes Verhalten einrichten nicht nach privatschicksalhaftigen, sondern nach gemeinsinnigen Gesichtspunkten. Ich würde dem Minister sehr dankbar sein, wenn er uns darüber einigen Aufschluß geben könnte. Wenn wir uns mit der Lösung der Schiffahrtsabgabefrage im Auge nicht wird befremden können, so sind wir doch zufrieden, daß eine alte Streitfrage endlich ausgedrückt worden ist. Eine Entlastung der Eisenbahnen kann viel wirksamer durch einen weiteren Ausbau der Wasserstraßen erfolgen, das möge der Eisenbahndirektor bedenken. Das neue päpstliche motu proprio vom 24. August ist ein Schlag gegen den modernen Staat. Wenn verfehlt es, sich allemal ein Hinterkäuf zu sichern. Erst sieht es, daß eine Provinz sich nicht für Deutschland, dann erlosche die Erklärung des Konservatore Romano, wodurch dies antichristlich wieder rückgängig gemacht wurde. So geht es hin und her. Wir müssen die Verteilung des Schriftwechsels mit der Kurie verlangen. Wir behauern, daß in der Chronique des Wort von der Wahlreform gesagt wird. Wir fordern nach wie vor die Wahlreform. Von Wichtigkeit der Politik gehen Gerüchte durch unser Vaterland, daß ein neuer Kurs eingeschlagen werden soll; man will es wieder einmal mit der Währungspolitik versuchen. Wir würden gegen den unerwünschten Grund nicht stehen. Wenn wir die Abschließungspolitik nicht kühn fortsetzen, wird das Deutschtum in der Zukunft wieder zurückgehen. Wir hoffen, daß der preussische Staat auch weiter als ein roter de bronze oder ein Anführer gegenüber stehen wird. Leider steht es uns vielfach an schärferer Kraft. Möge dem preussischen Volk für seine Verwaltung ein zweiter Freizer von Stein erheben, der ihm wieder neues kritisches Leben einhaucht! (Beifall der Versammlung bei den Nationalliberalen).

Minister des Innern v. Dallwitz: Auf die lange Dauer der letzten Session ist es unzulässig, daß die Vorarbeiten für die Gesetzgebung nicht kühn fortsetzen, wie das Deutschtum in der Zukunft wieder zurückgehen. Wir hoffen, daß der preussische Staat auch weiter als ein roter de bronze oder ein Anführer gegenüber stehen wird. Leider steht es uns vielfach an schärferer Kraft. Möge dem preussischen Volk für seine Verwaltung ein zweiter Freizer von Stein erheben, der ihm wieder neues kritisches Leben einhaucht! (Beifall der Versammlung bei den Nationalliberalen).

Minister des Innern v. Dallwitz: Auf die lange Dauer der letzten Session ist es unzulässig, daß die Vorarbeiten für die Gesetzgebung nicht kühn fortsetzen, wie das Deutschtum in der Zukunft wieder zurückgehen. Wir hoffen, daß der preussische Staat auch weiter als ein roter de bronze oder ein Anführer gegenüber stehen wird. Leider steht es uns vielfach an schärferer Kraft. Möge dem preussischen Volk für seine Verwaltung ein zweiter Freizer von Stein erheben, der ihm wieder neues kritisches Leben einhaucht! (Beifall der Versammlung bei den Nationalliberalen).





Die Publikation der Berliner Börse...

Berliner Börse, 31. Jan. 1912

Verkauf: 1 Fr. 100, 100 Mk. 100, 100 Fr. 100...

Main table containing market data for various stocks and bonds, organized into columns with headers like 'Wsch. Fds. u. Staats-P.', 'Deutsche Pfandbriefe', 'Eisenbahn-Stamm-Aktion', 'Bank-Aktion', 'Deutsche Pfandbriefe', 'Eisenbahn-Stamm-Aktion', 'Bank-Aktion', 'Deutsche Pfandbriefe', 'Eisenbahn-Stamm-Aktion', 'Bank-Aktion'.

Vertical text on the right side of the page, likely containing additional market information or commentary.